

Ratsbrief

Nachrichten für Bürgermeister/innen und Fraktionsvorsitzende

Nr. **04/2016** vom 12.09.2016

Der Spruch am Anfang: Was du nicht willst, dass man dir tut, das füg' auch keinen anderen zu.

Bürgerbeteiligung an Landtagsentscheidungen?

Die Landesregierung senkt die Hürden für die Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene – beim eigenen Landtag scheut man jedoch davor zurück.

Nach dem vorliegenden Entwurf für die neue Kommunalverfassung soll bei Bürgerbegehren die Unterstützung von 10 auf 5% und beim Bürgerentscheid von 25 auf 20 % der Wahlberechtigten abgesenkt und auf einen formellen Kostendeckungsvorschlag verzichtet werden. Das tief sitzende Misstrauen der Landespolitik gegen die Fähigkeit der gewählten örtlichen Vertreter, die für die Kommune richtige Entscheidung zu treffen, führt hier die Feder. Und das haben die Frauen und Männer nicht verdient, die bereit sind, sich zu Lasten ihrer Freizeit ehrenamtlich in der Gesamtverantwortung für die Belange ihrer Kommune einzusetzen, unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der finanziellen Möglichkeiten.

In Konsequenz müsste denn auch für Landtagsentscheidungen die direkte Bürgerbeteiligung erleichtert werden. Doch hier belässt man es lieber bei der notwendigen Unterstützung von 10% und 25%. Aus anderer Leute Riemen ist gut Leder schneiden. [Rb 04/16 – 57.]

Jubiläumsveranstaltung 20 Jahre Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft mbH

Aus Anlass des 20 jährigen Jubiläums der KWL mbH hatte die Gesellschaft Kunden, Lieferanten, die Gesellschafterversammlung, den Aufsichtsrat, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft und der Schwesterverbänden NSGB und UAN zu einer kleinen Jubiläumsveranstaltung in das Feuerwehrhaus Burgdorf eingeladen.

Bei strahlendem Sommerwetter begrüßte der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Präsident Dr. Marco Trips die 150 Gäste. Der Hausherr der Feuerwehr Burgdorf, Bürgermeister Baxmann sprach für die Stadt Burgdorf als Auftraggeberin der KWL mbH ein kurzes Grußwort. Geschäftsführer Berthold Ernst referierte über die Entwicklung der Gesellschaft von den Anfängen im Jahr 1996 bis zum heutigen Stand. Er stellt die verschiedenen Geschäftsbereiche (Feuerwehrbeschaffung, Energieeinkauf, Kommunaleinkauf und Telefonie) vor.

Geschäftsführer Berthold Ernst überreichte zum Ende der Veranstaltung dem Vizepräsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Klaus-Peter Grote und dem Landesjugendfeuerwehrwart André Lang zur Förderung der Feuerwehrarbeit je einen Scheck über 5.000,-- EURO. [Rb 04/16 – 58.VI]

Wasserstraßen

Es wird künftig 3 Kategorien von Wasserstraßen geben. Neben den zum Gütertransport dienenden Hauptwasserstraßen wird es künftig die Kategorie der weniger stark oder ausschließlich für "muskelgetriebenen Wassersport genutzte Freizeitwasserstraßen und die Kategorie der ungenutzten Wasserläufe geben, die zur Renaturierung vorgesehen sind (<http://bit.ly/2b9WUGJ>). Anfang 2017 soll bestimmt werden, welche Wasserläufe in welche der drei Kategorien gehören. Neben den Hauptwasserstraßen will der Bund auch die "touristisch stark genutzten" Gewässer etwa in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in seiner Zuständigkeit behalten. Die Freizeitwasserstraßen sowie die zur Renaturierung vorgesehenen Wasserläufe sollen in die Hände von Ländern, Kommunen oder auch Vereinen gegeben werden. Zur Zukunft der Schleusen und Wehranlagen enthält das Wassertourismuskonzept der Bundesregierung vom 1.7.2016 (<http://bit.ly/2btpZxT>) folgende Aussagen:

- An stark mit Motorbooten und Fahrgastschiffen frequentierten Gewässern („Freizeitwasserstraßen“) sollte weiterhin Schleusenbetrieb aufrechterhalten werden.
- Die Infrastruktur an nur wenig genutzten Gewässern sollte dagegen nur für motorlose Freizeitnutzungen („naturnahe Wasserstraßen“) ausgelegt werden. Der Rückbau oder Umbau von Schleusen- und Wehranlagen könnte dort, z. B. im Rahmen des Bundesprogramms „Blaues Band“, effektiv in Kombination mit Renaturierungen erfolgen.

Von den 7.500 Kilometern, die das Wasserstraßennetz des Bundes umfasst, werden 2.800 Kilometer nicht für den Güterverkehr genutzt. Auf diesen Strecken befinden sich rund 120 Wehranlagen und 140 Schleusen. [Rb 04/16 – 59:III]

Trinkwasserversorgung

Die niedersächsischen Wasserversorgungsunternehmen sind gut aufgestellt, wenn es beim Trinkwasser um Qualität, Kundenservice, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit geht. Dieses bestätigen die Ergebnisse des aktuellen Kennzahlenvergleichs (<http://www.kennzahlen-h2o.de/>) [Rb 04/16 – 60:III]

Sportanlagenlärmschutz

Die Bundesregierung will zugunsten von Sportanlagen die Lärmschutzanforderungen anpassen (BT Drs. 18/9244). Die Sportanlagenlärmschutzverordnung soll u.a. wie folgt novelliert werden:

1. Der Lärmschutz soll bei Sportanlagen während der Ruhezeiten am Abend zwischen 20 und 22 Uhr und zusätzlich an Sonn- und Feiertagen mittags zwischen 13 und 15 Uhr um 5 dB(A) abgesenkt werden. Die Immissionsrichtwerte während der Ruhezeiten werden hierdurch den auch tagsüber geltenden Werten angeglichen.
2. Der sog. Altanlagenbonus wird konkretisiert, um den Vollzug zu erleichtern. Bei diesen Anlagen wird der Spielbetrieb erst dann eingeschränkt, wenn die an sich maßgebenden Immissionsrichtwerte um weitere 5 dB(A) überschritten werden. [Rb 04/16 – 61:III]

Umweltfreundliche Beschaffung

Es gibt eine neue Veröffentlichung zur umweltfreundliche Beschaffung in der Praxis. In der von der U.A.N. herausgegebenen Publikation werden erfolgreiche und sehr aktuelle Beispiele umweltfreundlicher Beschaffung aus dem öffentlichen Bereich vorgestellt. Die Broschüre zum kostenlosen Download unter <http://bit.ly/2bIRarY> . [Rb 04/16 – 62:III]

Medizinische Versorgung.

Es gibt erhebliche Verteilungsprobleme bei der Verteilung von Ärztinnen und Ärzten. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Ärzteatlas 2016 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK hervor, der unter www.wido.de/aerzteatlas2016.html abgerufen werden kann. Danach gibt es zwar insgesamt mehr Hausärzte, als im Rahmen der Bedarfsplanung nötig wären, allerdings steht einer Unterversorgung oder drohenden Unterversorgung in einigen Regionen eine deutliche Überversorgung insbesondere in Ballungsgebieten und für Ärzte attraktiven Regionen gegenüber. Der NSGB fordert deshalb weitere Maßnahmen, um die Ärzte zur Niederlassung im ländlichen Raum zu motivieren und die medizinische Versorgung dort zu gewährleisten.

[Rb 04/16 – 63.IV]

Fracking

Fracking hat in Deutschland keine Zukunft. Das hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats am 24.Juni 2016 beschlossen. Für das Fracking gelten in Deutschland zukünftig bundesweit einheitliche Verbotsvorschriften sowie weitreichende Auflagen. Fracking in bestimmten Gesteinen und Gebieten wird damit komplett verboten. Die Bundesländer können darüber hinaus zusätzliche Einschränkungen vornehmen. Der Einsatz von Stoffen, die das Trinkwasser gefährden, wird generell verboten. Alle eingesetzten Stoffe müssen zudem veröffentlicht werden. Unkonventionelle Fracking-Vorhaben werden in Deutschland verboten. [Rb 04/16 – 64.III]

Betrug im Sport

Sportwettbetrug sowie die Manipulation von Wettkämpfen sollen strafbar werden. Derzeit bestehen im Strafgesetzbuch insoweit Lücken, die durch einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 20.6.2016 geschlossen werden sollen (BT DRs. 18/8831). Danach wird für den Sportwettbetrug ein neuer § 265c und für die Manipulation von Wettkämpfen ein neuer § 265d ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Gleichzeitig werden für diese neuen Straftatbestände die Voraussetzungen zur Überwachung der Telekommunikation geschaffen. [Rb 04/16 – 65.VI]

Naturschutz und Energiewende

Das Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) hat seine Arbeit als gGmbH aufgenommen. Das vom Bundesumweltministerium geförderte Kompetenzzentrum (<https://www.naturschutz-energiewende.de/>) soll die relevanten Akteure dabei unterstützen, gemeinsam zukunftsfähige Lösungen im Spannungsfeld Naturschutz und Energiewende zu erarbeiten. Als Trägerin der Einrichtung wurde die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz ausgewählt. [Rb 04/16 – 66.III]

Mobilfunknetz– Erreichbarkeitstest

Urlauber können im EU-Ausland den jeweils besten Anbieter im Mobilfunk-Netz auswählen. Dafür steht die App netBravo (<http://www.netbravo.eu/>) bereit, die die Verbindungsqualität von drahtlosem Internet (Wi-Fi) und den Mobilfunkstandards 4G, 3G und GSM testet. Über das neue WLAN-Diagnose-Tool werden Signalstärke, Schnelligkeit und Netzauslastung festgestellt und abhängig von ihrer Qualität in verschiedenen Farben auf einer Europakarte angezeigt. [Rb 04/16 – 67.VI]

Strafe für Gaffer

Schaulustige, die nach einem Unfall knipsen und filmen statt zu helfen, sollen bestraft werden können. Das sieht eine Gesetzesvorlage des Bundesrats vom 3.8.2016 vor (BT Drs. 18/9327). Danach soll "mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft werden, wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes behindert". Damit werde auch "bloßes Sitzen- und Stehenbleiben" vom Straftatbestand erfasst. Bisher macht sich nur strafbar, wer mit Gewalt oder durch Androhen von Gewalt Rettungsarbeiten nach einem Unfall behindert. [Rb 04/16 – 68.VI]

Stadtentwicklungspolitik

Der 10. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik findet vom 14. - 16.9. 2016 in Hannover statt. Themen der Veranstaltung (<http://bit.ly/2btKYgB>) sind aktuelle Fragen mit Blick auf Zuwanderung, Integration, Beteiligung, angespannte Wohnungsmärkte auf der einen Seite und demografischen Wandel auf der anderen Seite. Anmeldung online <http://bit.ly/2bFYP3W> [Rb 04/16 – 69.II]

Tempo 30

Die Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten oder Altenheimen soll erleichtert werden. Das sieht eine Novelle zur StVO vor (<http://bit.ly/2bpMTWf>). Auch sollen künftig Erwachsene radfahrende Kinder bis acht Jahre mit dem Fahrrad auf dem Gehweg begleiten können. Schließlich sollen E-Bikes, die nicht schneller als 25 km/h fahren können, außerorts generell und innerorts auf ausgewiesenen Radwegen fahren dürfen, wenn das Land eine entsprechende Freigabe beschlossen hat. [Rb 04/16 – 70.II]

Chemikalien Datenbank

Es gibt ein allgemein zugängliches Informationsangebot zu 120.000 in Europa genutzten Chemikalien (<http://bit.ly/1QYQWFI>). Erfasst sind ihre gefährlichen Eigenschaften, ihre Einstufung und Kennzeichnung sowie Informationen zu ihrer sicheren Verwendung. Diese Informationen sind in drei Ebenen zunehmender Komplexität verfügbar: der einfachen Infokarte, einem ausführlicheren Kurzprofil und den vollständigen Quelldaten. [Rb 04/16 – 71.V]

BAföG

BAföG-Empfänger müssen grundsätzlich nur 50 % ihres BAföG-Darlehens zurückzahlen, bis zu einer maximalen Obergrenze von 10.000 Euro (BT Drs. 18/9365). Die Rückzahlungspflicht beginnt 5 Jahre nach Ende der Förderungshöchstdauer des zuerst mit Darlehen geförderten Ausbildungs- und Studienganges. Der Kredit ist zinsfrei in monatlichen Mindestraten in Höhe von derzeit 105 € innerhalb eines Zeitraums von 20 Jahren zurückzuzahlen. [Rb 04/16 – 72]

Bäcker und Fleischer

Die Zahl der Bäcker- und der Fleischereien hat sich in Deutschland seit 1998 fast halbiert. Die Zahl der Bäckereibetriebe sank von 21.406 im Jahr 1998 auf 12.155 im Jahr 2015, die der Fleischereien von 25.492 auf 14.448. In Niedersachsen sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Bäckereien von 2.024 auf 1.037 und die Zahl der Fleischereien von 2.295 auf 1.165 (BT Drs. 18/9271). [Rb 04/16 – 73.V]

Spruch am Ende: Am Ende ist immer alles gut und wenn nicht alles gut ist, dann ist es auch nicht das Ende.